TRANSPARENCY INTERNATIONAL
SCHWEIZ SUISSE SVIZZERA SWITZERLAND

ARCHIV DOKUMENT

Das folgende Dokument stammt aus dem Archiv von Transparency International Schweiz. Bestimmte darin enthaltene Informationen treffen auf die derzeitige Situation möglicherweise nicht mehr zu.

Transparency International Schweiz stellt regelmässig neue, aktuelle Informationen bereit. Diese finden Sie auf **www.transparency.ch**.

Transparency International Schweiz wird durch Mitgliederbeiträge und Spenden finanziert.

Wenn Sie diese Arbeit unterstützen möchten, klicken Sie bitte auf:

JETZT SPENDEN →

Transparency International Schweiz
Schanzeneckstrasse 25 · Postfach · CH-3001 Bern

TRANSPARENCY INTERNATIONAL
SCHWEIZ SUISSE SVIZZERA SWITZERLAND

Schanzeneckstrasse 25
Postfach
3001 Bern

Tel. +41 31 382 35 50
info@transparency.ch
www.transparency.ch

Bericht Lobbying in der Schweiz

Zusammenfassung und Forderungen

Auszug aus dem Bericht «Lobbying in der Schweiz: Verdeckter Einfluss - Heikle Verflechtungen - Privilegierter Zugang», Transparency International Schweiz (Bern, 2019)

Lobbying ist ein fester Bestandteil einer pluralistischen, liberalen Demokratie. Es liegt im staats- und demokratiepolitischen Interesse, dass unterschiedlichste Gruppierungen ihre Haltung zu anstehenden politischen Entscheidungen einbringen und diese entsprechend beeinflussen. Mit beunruhigender Regelmässigkeit kommen in der Schweiz jedoch Fälle ans Licht von problematischem Verhalten von Lobbyierenden und Politikerinnen und Politikern. Auch eklatante Mängel im Schweizer Lobbying- und Politiksystem selbst führen dazu, dass die Glaubwürdigkeit und Integrität dieser Akteure ebenso zunehmend in Frage gestellt werden wie die Legitimität des in Bundesbern betriebenen Lobbyings insgesamt.

Damit Lobbying als rechtsstaatlich und demokratiepolitisch legitim gelten kann, bedarf es namentlich drei zentraler Voraussetzungen: *Transparenz, Integrität* und *chancengleicher Zugang*: Es muss jederzeit hinreichend transparent und nachvollziehbar sein, wer mit welchen Interessen auf den gesetzgeberischen Entscheid Einfluss nimmt. Ferner müssen zum Schutz der Integrität der Institutionen Lobbying-Aktivitäten konsequent im Rahmen demokratisch legitimierter Regelungen und Prozesse erfolgen. Interessenkonflikte oder ungebührliche Anhäufungen von Partikularinteressen in Entscheidgremien sind wenn immer möglich zu vermeiden oder zumindest durch klare Ausstandsregeln zu entschärfen. Schliesslich muss ein möglichst chancengleicher Politik-Zugang für alle Lobbyierenden bestehen und sichergestellt sein, dass in den wichtigen Entscheidgefässen die wesentlichen Interessen ausgewogen vertreten sind.

Der vorliegende Bericht analysiert umfassend die derzeitige Regulierung und Praxis des Lobbyings im Rechtsetzungsprozess auf Stufe Bund. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen namentlich auf, dass:

- wichtige Bereiche des Lobbyings nicht oder nur rudimentär geregelt und damit die Rahmenbedingungen vielfach unklar, lückenhaft und insgesamt ungenügend sind;
- das geltende Korruptionsstrafrecht im Lobbying-Kontext noch ungenügend beachtet wird;
- die massiven und oftmals wirkungsvollsten Lobbying-Einflussnahmen nicht in den öffentlichen Parlamentsdebatten oder transparenten Vernehmlassungen erfolgen, sondern im abgeschirmten Vorverfahren der Verwaltung, durch informelle Gruppierungen von Ratsmitgliedern und Lobbyisten sowie innerhalb der nicht-öffentlichen Parlamentskommissionen;
- die stärkste Lobbying-Macht nicht von den professionellen Lobbyistinnen und Lobbyisten ausgeht, sondern im Parlament selbst liegt mit den 246 Ratsmitgliedern, welche insgesamt über 2000 Interessenbindungen zu 1700 Organisationen aufweisen;
- die Schweiz im internationalen Vergleich zur rechtsstaatlichen und demokratiepolitischen Qualität des Lobbyings bloss Mittelmass ist: Im Vergleich mit 19 europäischen Ländern belegt die Schweiz bloss den elften Platz und schneidet besonders schlecht ab bei der Transparenz und bei mehreren Integritätskriterien (siehe Seiten 8 / 9).

Insgesamt weist das Lobbying der Schweiz erhebliche Mängel auf. Es besteht deshalb grosser Handlungsbedarf zur Verbesserung der Transparenz, der Integrität und des chancengleichen Zugangs beim Lobbying. Transparency International Schweiz präsentiert zehn Forderungen mit konkreten Verbesserungsmassnahmen, welche auf die Besonderheiten des Schweizer Politiksystems angepasst sind und mit einem verhältnismässigen Aufwand wirkungsvoll umgesetzt werden können (siehe Folgeseite). Die zentrale Grundforderung besteht dabei darin, mehr Transparenz im gesamten politischen Entscheidungsprozess zu schaffen. Dies gelingt insbesondere durch eine konsequente Dokumentation und Offenlegung der Lobbyisten-Einflussnahmen im gesamten Gesetzgebungsprozess («legislativer Fussabdruck»). Weiter muss sichergestellt werden, dass Lobbyierende integer handeln und ein chancengleicher Zugang für Aussenstehende während sämtlichen Phasen des Gesetzgebungsprozesses besteht.

Archivdokument – Transparency Schweiz – aktuelle Informationen unter www.transparency.ch

10 Forderungen für ein legitimes Lobbying in der Schweiz[1]

GESETZGEBUNGSPROZESS UND POLITIKFINANZIERUNG

1) **Konsequente Dokumentation des legislativen Fussabdrucks** in allen wichtigen Phasen des Gesetzgebungsprozesses.
2) **Transparenz bei der Politikfinanzierung** (Parteien, Komitees, Parlamentsmitglieder und –kandidierende), insbesondere bei Politik-Finanzierungen durch professionelle Lobbyisten.

PARLAMENT UND RATSMITGLIEDER

3) **Mehr Transparenz zu Interessenbindungen einschliesslich Honorare, Parlamentariergruppen und informellen Lobby-Gremien** (umfassendere Offenlegungen von Nebenbeschäftigungen, Mandaten und Einsitz in Interessengruppierungen, inkl. damit verbundene Einkünfte und sonstige Vorteile); mehr öffentliche Informationen zu Parlamentariergruppen und informellen Lobby-Gremien («Arbeitskreise», «Interessengemeinschaften»); kein Vorbehalt für allfälliges Berufsgeheimnis bei Lobbying-Aktivitäten; aktive Registerkontrolle und Sanktionierung bei Meldepflicht-Verstössen.
4) **Ausgewogenere Interessenvertretung in Kommissionen** durch Massnahmen, die eine übermässige oder einseitige Anhäufung von Partikularinteressen in den parlamentarischen Kommissionen verhindern.
5) **Verbindlicher Verhaltenskodex** für Ratsmitglieder um Korruptionsrisiken einzudämmen, insbesondere beim Umgang mit offerierten Vorteilen und Interessenkonflikten (klare Ausstandsregeln).
6) **Konsequente Aufhebung der parlamentarischen Immunität** bei entsprechenden Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden wegen Verdacht auf Korruptionsdelikte.

BUNDESRAT UND VERWALTUNG

7) **Zwingende Karenzfrist** bei Seitenwechsel für ausscheidende Bundesräte und oberes Bundeskader mit Interessenkonflikt-Potenzial (mögliche Beeinträchtigung öffentlicher Interessen bei einem Zusammenhang zwischen der bisherigen und der neuen Tätigkeit).

PROFESSIONELLE LOBBYSTINNEN UND LOBBYISTEN

8) **Chancengleichheit und Transparenz** für alle professionell Lobbyierende bei informellen Konsultationen im gesetzgeberischen Vorverfahren und beim privilegierten Zugang zum Parlamentsgebäude (Ablösung «Götti»-System durch Akkreditierung mit umfassenden Offenlegungspflichten).
9) **Verbindlicher Verhaltenskodex** für im Parlamentsgebäude zugelassene professionell Lobbyierende.
10) **Branchenweite und robustere Selbstregulierung**, möglichst für die Gesamtheit der Lobby-Branche, mit wesentlichen Verbesserungen der Standesregeln und Offenlegungspflichten gemäss den 10 Best Practice Lobbying-Standards von TI Schweiz[2] sowie Stärkung der Standeskommission.

[1] Für detailliertere Angaben zu den einzelnen Forderungen vgl. Kap. IX («Handlungsbedarf und Forderungen»).
[2] Siehe Anhang Ziff. 1.

Archivdokument – Transparency Schweiz – aktuelle Informationen unter www.transparency.ch